



- CO₂ Überwachungspläne- und Berichterstellung
- CO₂ Mitteilung zum Betrieb MzB und Erstellung Jahresbericht
- CO₂ Registerkontoführung für Unternehmen
- CO₂ Emissionsrechte Kauf/Verkauf/Tausch von EUA/aEUA, CER2
- CO₂ Portfoliomanagement und Strategieberatung
- EEG Befreiungsanträge, Strompreiskompensation und Energieoptimierung
- Infos unter Freecall 0800-590 600 02

Die hier befindliche Übersicht über den EUA-Preis ist leider nur für die Bezahl-Abonnenten des Emissionsbriefes sichtbar; ebenso wie die „genebelten“ Stellen im Text

Emissionsbrief 07-2017

Praktische Informationen zum Emissionshandel

Ausgabe vom 17.07.2017

EUA DEC17 01.01.2017 bis 14.07.2017

Quelle: ICE London

Der französische Umweltplan von Macron/Hulot wird dem Land eine ökologische Wende bescheren - 100 Euro pro EUA als Ziel

Der französische Umweltplan von Präsident Macron und seinem Umwelt- und Staatsminister Hulot wird dem Land eine große ökologische Wende bescheren. Dabei sind ein Preis von 100 Euro/t CO₂ bis zum Jahre 2030, eine völlig entcarbonisierte Stromproduktion, ein Ende von Benzin und Dieselfahrzeugen, die Bestrafung von besonders CO₂-haltigen Produkten und Wirtschaftsgütern sowie ein nationaler Plan zur Energieeffizienz nur einige der ambitionierten Ziele.

Der Umweltplan, dessen Umsetzung im Jahre 2040 abgeschlossen sein soll, wird begleitet durch eine dauerhafte und regelmäßige Kommunikationskampagne des Staates, um den notwendigen ökologischen Wandel in den Köpfen der Bevölkerung und der Wirtschaft des Landes zu bewirken.

Emissionshändler.com® zeigt in seinem Emissionsbrief 07-2017 auf, wer die Person Hulot ist, der den französischen Umweltplan umsetzen soll und listet die wesentlichsten Punkte des Planes auf, da dieser nach allgemeiner Einschätzung das Potenzial hat, den europäischen Emissionshandel direkt und über die Thematik Energieeffizienz auch indirekt zu beeinflussen.

Am 06.07.2017 hat der vom französischen Präsidenten Macron in sein Kabinett berufene Minister für die „Ökologische- und Sozialwende“ den Umweltplan der neuen französischen Regierung vorgestellt. Im Übereinstimmen mit seinen Wahlkampfversprechen startet Präsident Macron seinen versprochenen Kampf für die Umwelt und macht diesen unter seinem bereits

schon jetzt berühmten Slogan „Make our planet great again!“ bekannt.

Der „republikanischer König“ Emmanuel Macron leitet eine nationale Wende ein

Der Kandidat Macron hatte es zuvor versprochen; und nun soll der Präsident Macron es auch schaffen: Frankreich soll und will sich als Vorbild für die Umsetzung des Pariser Abkommens erst positionieren und dann auch [redacted]. Und dies fängt – wie es Tradition in Frankreich ist – erst einmal mit großen Symbolen an. Die Symbolik [redacted], welches Macron perfekt beherrscht. Im Mai hatte er sein Kabinett als „republikanischer König“ ausgewählt. Ein Bild und ein Vergleich, das in Frankreich völlig normal ist und in der Vergangenheit des Landes begründet liegt. Bei der Auswahl des Kabinetts wurden neben den Ministern nicht nur ein Premierminister bestimmt, sondern auch zwei Vize-Premierminister, also zwei besondere Minister, deren Ressorts und nationale Aufgaben als absolut übergeordnet gelten sollen.

Für eine der beiden übergeordneten Aufgaben wurde [redacted] der Grüne Nicolas Hulot als „Minister für die ökologische und solidarische Wende“ Frankreichs nominiert, der die führende Rolle in der Umsetzung einer nationalen Wende u. a. im Bereich Klima-, Verkehr und Energie umsetzen soll.

Wer ist Nicolas Hulot?

Nicolas Hulot, Umweltschutzaktivist, Journalist, Fernsehmoderator und Filmemacher ist in Frankreich das Gesicht des Kampfes gegen den Klimawandel. Durch seine bekannte [redacted]



hat er 15 Jahre lang die Franzosen mit den dramatischen Auswirkungen der Klimaerwärmung konfrontiert. Jahrelang ist er als einer der in Frankreich beliebtesten Personen gewählt worden. Seit dem 17. Mai 2017 ist er nun stellvertretender Premierminister und Minister für den ökologischen und solidarischen Übergang von Frankreich

Bereits Nicolas Sarkozy und Francois Hollande hatten versucht, Hulot in ihr Kabinett zu bekommen, scheiterten wohl aber daran, dass diese Hulot keine vollumfänglichen Zusagen zu einer ernsthaften und dauerhaften politischen und gesellschaftlichen Wende geben wollten bzw. konnten.

Nunmehr ist Emmanuel Macron der Erste, der es geschafft hat, den Umweltabenteurer Hulot zu überzeugen und für seine Visionen u. a. eines grünen und CO₂-freien Frankreichs zu gewinnen.

Ziel des Präsidenten Macron war es, eine kollegiale und ausgewogene Regierung zu bilden: links und rechts, blau und rot, aber vor allem eben grün. Nicolas Hulot ist das Symbol des neuen französischen politischen Lebens, wo ab sofort überparteilich gedacht und werden soll.

Dafür ist der neue Umweltminister Hulot nun auch einer von zwei „Staatsministern“. Eine Position, die in Frankreich als Vize-Premierminister gilt. Damit will Emmanuel Macron auch zeigen, dass der Schutz der Umwelt alle Themen des politischen Spektrums betrifft.

Frankreich positioniert sich auf dem G-20-Gipfel als weltweiter grüner Vorreiter

In dem heutigen internationalen politischen Kontext soll Frankreich eine klare und deutliche Position in Sachen Umwelt vertreten. Die Abkehr der USA vom Pariser Abkommen und der Skeptizismus mehrerer Länder gegenüber dem Klimawandel machen es aus Sicht

nötig, eine Führung für die Länder des guten Willens zu übernehmen. Diese Position möchte Emmanuel Macron gerne einnehmen, auch weil ihm dabei die deutsche Kanzlerin Angela Merkel äußerst gerne den Vortritt lässt.

Die Ankündigung von Macron und Hulot zum französischen Umweltplan am 6. Juli 2017 im Vorfeld des Hamburger G-20-Gipfels kam da genau zum richtigen Zeitpunkt. Es wurde bereits detailliert zu verschiedenen Bereichen der Umwelt und des gewollten gesellschaftlichen Wandels in Frankreich ausgeführt, was die nächsten 20 Jahre betrifft. Damit hatte sich Frankreich als absolutes Vorzeigebispiel für Klima und Umwelt weltweit positioniert und auf dem Gipfel die

Der französische Umweltplan ist eine grüne Gesellschaftsrevolution

Dieser nun vorgestellte französische Umweltplan ist eine kleine Revolution. Mit sechs Hauptthemen und 23 Maßnahmen ist der Plan mit Abstand anspruchsvoller als jeder der bisher in Frankreich vorgestellten umweltpolitischen Pläne. Vor allem soll der Plan solidarisch sein und gleichzeitig auch so fortschrittlich, dass damit die weltweite Führung übernommen werden soll.



Nicolas Hulot (62), neuer französische Minister für den ökologischen und solidarischen Wandel

Nachfolgend werden die wesentlichsten Kernpunkte des französischen Umweltplanes dargestellt, die den Bereich Klima, Energie und Verkehr betreffen.

Die Reduzierung der Atom-Stromproduktion um 50%

Wie bereits schon im französischen Gesetz für die Energiewende aus dem Jahre 2015 festgelegt, wird der Anteil der Kernenergie im französischen Energiemix bis 2025 um reduziert. Dafür müssen jedoch Kernreaktoren abgeschaltet werden. Dies soll sich nun jedoch nicht nur um bloße Symbolik handeln, sondern im neuen französischen Umweltplan ist vorgesehen, gesetzlich feste Abschalttermine und konkrete Standorte festzulegen.

Dabei sollen die älteren Atomkraftwerke zuerst geschlossen werden, wie Minister Hulot nunmehr am 10.07.2017 ankündigte. Die Vorgabe ist nun, dass 17 Reaktoren außer Betrieb gestellt werden müssen, um die gesetzlich gewollte -Reduktion des Atomstromes bis 2025 zu erreichen.

In Frankreich ist die Mehrheit der Atomkraftwerke und die neue Generation an Kernreaktoren ist immer noch nicht in Betrieb. Nach Jahren der Planung und des Baues wird im Jahre 2018 das Atomkraftwerk in Flamanville mit der neuen EPR-Technologie (European Pressurized Water) in Betrieb gestellt werden, obwohl größere Probleme bei der Kohlenstoffkonzentration des Materials des Reaktorbehälters festgestellt worden sind (siehe auch **Emissionsbrief 11-2016**).



Das Ende von Diesel- und Benzinautos bis 2040

Frankreich will den Verkauf von mit Diesel und Benzin angetriebenen Autos (d.h. PKWs) bis 2040 beenden. Dass dies „schwer sein wird für die Autoindustrie“ räumte der neue Umweltminister dabei unumwunden ein. Parallel dazu sollen wichtige Maßnahmen zum Ausbau der Transportwege auf Flüssen und Kanälen sowie der Schiene durchgeführt werden, wohl um ein entsprechendes Verbot von LKWs, welches in naher Zeit folgen dürfte, vorzubereiten.

Etwas erstaunlich hierbei ist, dass diese Maßnahmen nur erst Autos (d. h. PKW) betreffen sollen und noch nicht Busse und LKWs. Für diese ist noch kein Datum angekündigt worden, um deren Verkauf zu verbieten. Dies soll wohl den Transportunternehmen mehr Zeit für **Investitionen in neue Technologien** lassen, die nicht nur in den Köpfen, sondern auch in der Technik der Logistik umgesetzt werden muss. Insbesondere ist hier zu bemerken, dass es in jedem Falle um den „Verkauf“ geht und nicht um die „Produktion“ von Benzin- und Dieselfahrzeugen, die ab 2040 verboten werden wird.

Für die privaten Autobesitzer sind Entschädigungsprämien geplant. Konkret wird der Staat den Kauf eines neuen und „sauberen“ Autos finanziell unterstützen bzw. die Abgabe von besonders alten Dieselfahrzeugen fördern.

Darüber hinaus wird die in 6 Farbklassen im Jahre 2016 eingeführte [Umweltvignette Crit'Air](#) Schritt für Schritt aus den immer mehr entstehenden Umweltzonen ausgeschlossen, um den Bestand von älteren Autos immer weiter zu reduzieren. Parallel soll die steigende Anzahl von [französischen Umweltzonen](#) dafür sorgen, dass immer mehr Straßenverkehr betroffen ist und damit der Druck auf eine technologische Wende hin zum Elektrofahrzeug erhöht wird.

Die Entcarbonisierung der Stromproduktion und das Ende der fossilen Energien

Gemäß dem französischen Umweltplan werden bis **2025** die letzten Kohlekraftwerke des Landes geschlossen. Ein entsprechendes Gesetz soll zu Ende Sommer 2017 durch das Parlament vorgeschlagen werden, welches dann eine Erdöl-, Kohle-, und Schiefergasförderung endgültig untersagen wird.

Darüber hinaus soll Frankreich keine fossile Energie mehr produzieren. In Europa nicht und auch nicht in seinen Überseegebieten. Die Problematik dabei ist, dass Frankreich jedoch 90% der fossilen Energie die im Lande verbraucht werden importiert. Das bedeutet dann auch, dass das Land erstmal keine fossilen Energieträger mehr einführen will und die Differenz des Energiebedarfes durch eine Energieeffizienzerhöhung und durch innovative **Technologien** erbringen muss. Dies bedeutet also, dass die Franzosen

in der Zukunft ihre eigene Energie produzieren und auch verbrauchen. Meeresenergie durch Strömungskraftwerke, Geothermie und eine „Methanisierung“ der Landwirtschaft sollen viel stärker entwickelt werden als bisher.

Infobox

Leistungen im Emissionshandel

*Emissionshändler.com® bietet Unternehmen alle notwendigen **Informations-, Handels-, Beratungs- und Serviceleistungen** im Emissionshandel an bzw. führt diese im Auftrag des Unternehmens vollumfänglich und wirtschaftlich durch. Hierbei stehen insbesondere die Einhaltung der gesetzlichen Pflichten gemäß der EU-Verordnung 389/2013 und die rechtskonforme Registerkontoführung des Unternehmens im Mittelpunkt. Mit einer entsprechenden Beauftragung werden nicht nur die Risiken des Unternehmens minimiert und die Haftung der Geschäftsführer und Vorstände stark begrenzt, sondern insbesondere die verantwortlichen Mitarbeiter entlastet und der Emissionshandel im Unternehmen effizient betrieben.*

Sollte sich ein Unternehmen nicht nur teilweise, sondern komplett von allen Aufgaben und Arbeiten im Emissionshandel entlasten wollen, so kann es sich für das CO₂-Sorglos-Paket von Emissionshändler.com® entscheiden.



*Das CO₂-Sorglos-Paket beinhaltet eine rechtskonforme **Kontoführung**, eine detaillierte **Fachinformation**, eine kompetente **Serviceberatung** sowie einen erfolgreichen **Zertifikatehandel**.*

Detailliertere Leistungsinhalte zu den einzelnen CO₂-Paketen und weitere Informationen erhalten Sie unter Freecall 0800-59060002 oder info@emissionshaendler.com

Um alle diese Maßnahmen umsetzen zu können und potenzielle Widerständen aus der Wirtschaft und der Gesellschaft zu begegnen ist ab dem Jahre 2018 geplant, dass die Regierung eine **Umweltkommunikations-**kampagne startet, in der mehrmals pro Jahr die Vorteile und jeweiligen Fortschritte und Ergebnisse dieser nationalen Wende in der französischen Gesellschaft breit und massiv bekannt gemacht werden.

Weiterhin gehört zu diesem Teil des Plans, dass für Frankreich eine Klimaneutralität bis zum Jahre **2050** erreicht wird. Dabei werden u. a. Forst- und Landwirtschaft mobilisiert, um in verschiedenen biologischen Projekten CO₂ zu erfassen und zu speichern.



Der Preis einer Tonne CO2 soll sich auf 100 Euro bis zum Jahre 2030 erhöhen

Der neue Staatsminister und Umweltminister Nicolas Hulot will den Druck auf den europäischen CO2-Markt stark erhöhen.

Seiner Meinung nach ist der heutige Preis von um die 5 Euro/t zu niedrig, um einen realen Wettbewerbsvorteil für eine kohlenstoffarme Produktion von Wirtschaftsgütern und Sekundärenergien zu schaffen. Eine Festlegung des CO2-Preises auf einem hohen Niveau soll die grüne Wirtschaft in Frankreich ankurbeln. Da der Preis einer CO2 Tonne jedoch abhängig vom europäischen Markt ist und nicht einseitig von der französischen Regierung festgelegt werden kann, soll es sich hier um eine Preisobergrenze handeln, die die am meisten luftverschmutzenden Produktionsunternehmen in Frankreich gezielt benachteiligen soll.

Die hier befindliche Übersicht über den EUA-Preis ist leider nur für die Bezahl-Abonnenten des Emissionsbriefes sichtbar; ebenso wie die „genebelten“ Stellen im Text

Preis einer Tonne CO2 in Euro im Zeitraum 2011-2017

Laut des Plans der französischen Regierung soll dadurch der Preis 100 Euro für eine Tonne CO2 bis 2030 erreichen. Diese Maßnahmen sollen sich erst einmal auf Stromproduktion und

konzentrieren. Gleichzeitig erklärt Frankreich, sich noch stärker für eine Festlegung eines CO2-Preiskorridors auf EU-Ebene einzusetzen.

Das Ende des Imports von waldzerstörenden Produkten

Gemäß dem französischen Umweltplan wird die Bevölkerung langfristig gesehen auf einige Produkte verzichten müssen, deren Herstellung zur Zerstörung der größten Wälder der Welt führen (Amazonien, Süd-Asien und Kongobecken). Dies betrifft z. B.

und pflanzliche Proteine (vor allem Soja für Futtermittel), die aus diesen Regionen nicht mehr eingeführt werden dürfen. Dafür sollen neue landwirtschaftliche Systeme in Frankreich eingeführt werden, die eine „Nahrungsautonomie“ der Franzosen gewährleisten werden. Diese Ziele sind jedoch im Umweltplan noch nicht näher beziffert und datiert worden.

Gastbeitrag

Emissionshandel und Schifffahrt

Beim Schiffsverkehr gilt das alte Motto: Volle Fahrt voraus! Rund 90 Prozent des globalen Welthandels werden über die Weltmeere transportiert, Millionen Menschen entspannen sich auf Kreuzfahrten. Eine Seefahrt, die ist lustig, eine Seefahrt, die ist schön - vor allem ist sie aber momentan eines: dreckig.

Der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation IMO zufolge verursacht der Güterverkehr auf den Weltmeeren jährlich einen Treibhausgasausstoß von fast einer Milliarde Tonnen Kohlendioxid. Zum Vergleich: Wäre die Schifffahrt ein Land, würde dieses das Klima noch etwas stärker belasten als Deutschland. Damit aber nicht genug: Die IMO geht davon aus, dass die Emissionen aus dem weltweiten Schiffsverkehr bis 2050 noch um 50 oder gar 250 Prozent steigen werden.

Für die Schifffahrt gilt aber im Gegensatz zu einem Staat eines nicht: die Verpflichtung zum Klimaschutz. Dabei hatte die Staatengemeinschaft die IMO bereits vor zwei Jahrzehnten im Kyoto-Protokoll damit beauftragt, sich um Maßnahmen zur Kontrolle und Minderung der Treibhausgasemissionen zu bemühen. Nur: Bislang ist Flaute.

Dieser bislang unerfüllte Auftrag hat schwerwiegende Folgen. In steter Erwartung eines IMO-eigenen Emissionshandels ist die Schifffahrt bislang nicht in regionale Systeme wie den Europäischen Emissionshandel (ETS) eingebunden. Das Europäische Parlament will das zumindest teilweise ändern. Sollte die IMO bis 2023 keinen eigenen Mechanismus eingeführt haben, soll die Schiffsbranche dann im Rahmen des EU-Emissionshandels in einen neuen Fonds einzahlen, den "Maritimen Klimafonds". Der Regelung müssen nun aber noch die EU-Mitgliedsstaaten zustimmen.

Müsste die Branche für ihre Verschmutzung angemessen zahlen, hätte sie einen Anreiz zur Modernisierung: Schon jetzt ließen sich der Energieverbrauch und damit die Emissionen der Containerschiffe um fast drei Viertel senken, wenn die besten verfügbaren Technologien endlich eingesetzt würden.

Möglich sind der Einbau effizienterer Propeller, die Rückgewinnung von Abgaswärme, die Verringerung des Reibungswiderstandes des Rumpfes und Gaswäscher-Nachrüstungsprogramme. Auch der Umstieg vom billigen Schweröl als Treibstoff auf Marineöl oder Flüssiggas könnte Treibhausgasemissionen sparen. Langfristig wird die Branche nicht umhinkommen, auf klimaneutrale Treibstoffe zu setzen, bei denen mit Hilfe von Ökostrom Kohlendioxid in Methan und Wasserstoff umgewandelt wird.

Ein Gastbeitrag von Luise Matischok



Die grüne Revolution in der Unternehmenswelt und die Energieeffizienz

Im Finanzsektor sind durch den französischen Umweltplan ebenfalls mehrere Maßnahmen vorgesehen. Durch die Schaffung von „grünen Bons“, d. h. Gutschriften verschiedener Arten für CO₂-arme Produkte gegenüber CO₂- und durch die Schaffung von „grüne Finanzlabels“ soll auch ein Wettbewerb und ein Mehrwert für grüne Investitionen geschaffen werden.

Im Jahre 2018 soll dann ein Fahrplan für die Kreislaufwirtschaft vorgestellt werden. Dieser Plan wird die Besteuerung von Abfällen vorsehen und entsprechende Reduktionsmaßnahmen für Abfälle enthalten.

Ziel ist es hier, kleinere Unternehmen bei Energie-Ersparnismaßnahmen zu unterstützen und deren Abfälle zu reduzieren. Der Staat erklärt sich im Umweltplan bereit, Beratungsmittel für alle Unternehmen zur Verfügung zu stellen, um Produktionskreisläufe so nachhaltig, lokal und umweltneutral wie möglich zu gestalten. Diese Absicht des französischen Staates wird nach Ansicht von Insidern zu einer sehr deutlichen Belebung des privaten Beratungsgewerbes führen, wie sie teilweise auch schon in Deutschland zu beobachten war.

Schlussendlich soll gemäß dem Umweltplan auch für ganz Frankreich eine große Kampagne für und die technische Isolierung von Gebäuden stattfinden.

Hier geht es vor allem um die private Haushalte und Unternehmen, die durch Steuervorteile und Förderungen dazu angehalten werden sollen, energetische Sanierungen durchzuführen, die in aller Regel durch eine bessere Isolation und Erneuerung von Heizungsanlagen erreicht werden sollen.

Lieber Leser des DE-Emissionsbriefes!
Dies hier ist die kostenlose, dafür aber nur teilweise lesbare Variante des Emissionsbriefes.
Informationen und Bestellmöglichkeiten zur kostenpflichtigen Vollversion erhalten Sie hier bzw. auf www.emissionshaendler.com

Unser Angebot

Kontakten Sie uns einfach unverbindlich unter 030-398 8721-10 oder Freecall 0800-590 600 02 sowie per Mail unter info@emissionshaendler.com oder informieren Sie sich im Internet über weitere Leistungen unter www.emissionshaendler.com.

Disclaimer

Dieser Emissionsbrief wird von der GEMB mbH herausgegeben und dient ausschließlich zu Informationszwecken. Die GEMB mbH gibt weder juristische noch steuerliche Ratschläge. Sollte dieser Eindruck entstehen, wird hiermit klargestellt, dass dies weder beabsichtigt noch gewollt ist.

Die GEMB mbH übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Informationen oder ihre Geeignetheit zu einem bestimmten Zweck, weder ausdrücklich noch stillschweigend. Dieser Brief wird auch nicht mit der Absicht verfasst, dass Leser eine Investitionsentscheidung, eine Kauf- oder Verkaufsentscheidung hinsichtlich eines CO₂-Produktes oder Markt- und/oder eine Vertragsentscheidungen in jeglicher anderer Hinsicht tätigen. Alle hier gezeigten Preiskurven basieren auf Daten der ICE-London, generiert aus einem Reuters-Informationssystem.

Verantwortlich für den Inhalt:

Emissionshaendler.com®

GEMB mbH, Helmholtzstraße 2-9, 10587 Berlin

HRB 101917 Amtsgericht Berlin Charlottenburg, USt-ID-Nr. DE 249072517

Telefon: 030-398872110, Telefax: 030-398872129

Web: www.emissionshaendler.com, Mail: info@emissionshaendler.com

Mitglied im Vorstand Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz BVEK www.bvek.de



Herzliche Emissionsgrüße
Ihr Michael Kroehnert